

<http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Politik/32568/SPD-und-CDU-machen-Front-gegen-Grünen-Vorschlag.html>

Bremer Diskussion um Tempo 30 - 11.09.2009

SPD und CDU machen Front gegen Grünen-Vorschlag

Von Wigbert Gerling

Bremen. Lärmschutz und Geschwindigkeitsbegrenzung – dieses Themenpaar hat nicht nur für einen Riss in den Reihen der Regierungskoalition von SPD und Grünen gesorgt, sondern kommt nun auch auf die parlamentarische Plattform: Der CDU-Fraktionsvorstand hat gestern ein Beschlusspapier vorbereitet. Punkt 1: „Die Bürgerschaft spricht sich gegen die Einführung eines generellen Tempolimits von 30 km/h in der Bremer Innenstadt aus und fordert den Senat auf, entsprechende Pläne nicht weiter zu verfolgen.“

Grundsätzlich Tempo 30 in der Innenstadt, Obergrenze von 80 Stundenkilometern nachts auf den Autobahnen, dazu die Prüfung, ob die Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnstrecken „für Lkw auf 60 km/h und für Pkw auf 100 km/h verschärft“ werden können – ein Papier mit diesen Positionen hatte die Fraktion der Grünen beschlossen. Reinhard Loske, grüner Senator für Bau, Verkehr und Umwelt, gehörte in der Diskussion zu den Befürwortern von engeren Geschwindigkeitsgrenzen auf Bremens Straßen.



© FR

Die Bremer Grünen wollen Tempolimit 30 für die Innenstadt.

„Unfug.“ So lautete postwendend eine Kritik aus dem SPD-Regierungslager. „Absurd und schädlich“ nannte der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Ralf Nagel diesen Vorstoß der Grünen. Er betonte dabei den Rang des Industriestandorts Bremen. „Schneckentempo“ komme nicht in Frage: „Wir leben nicht vom Hochradfahren in der Innenstadt“, so seine Anspielung auf den autofreien Sonntag, „sondern von schneller Erreichbarkeit über gute Straßen, Schienen und Wasserwege“.

Die kritischen Reaktionen aus den Reihen der Sozialdemokraten kommentierte der grüne Fraktionschef Matthias Güldner unter anderem mit dem Satz: „Die Panik und Verzweiflung der SPD angesichts der Umfrageergebnisse muss schon sehr groß sein, wenn sie ein so ernstes und sensibles Thema wie den Gesundheitsschutz lärmgeplagter Anwohner als Wahlkampfmunition gegen den Koalitionspartner missbraucht“. Loske-Sprecher Michael Ortmanns kreidete der SPD „peinliches Wahlkampfgekläffe“ an.

SPD-Fraktionschef Carsten Sieling reagierte gestern auf die Kritik des grünen Regierungspartners unter anderem mit der Bemerkung: „Wer einen äußeren Gegner sucht, der hat ein inneres Problem.“ Wenn Senator Loske die grünen Vorstellungen

zum Tempo-Limit unterstützt habe, dann sei das offenbar ein Akt der Selbstverteidigung, weil er sein Lärmschutzkonzept noch immer nicht erstellt habe. Der Senator müsse jetzt „seine Arbeit erledigen“ – und schon könnte eine „kluge Verkehrspolitik mit effektiver Lärminderung“ gemacht werden.

Wer „in Bremen angekommen ist,“ so Sieling in Richtung Loske, „der unterstützt nicht solche Vorschläge“. In den meisten Wohngebieten gebe es bereits Tempo 30, und eine weitere Herabsetzung des Tempo-Limits beispielsweise auf den Autobahnen hätte nach Angaben von Fachleuten kaum einen nennenswerten Effekt zur Lärmverringern.

Der SPD sei daran gelegen, dass der Lärm „gezielt bekämpft“ werde – und zwar „dort, wo er auftritt“. Um das entscheiden zu können, brauche man das Lärmschutzkonzept. Sinnvoll könnte beispielsweise der Bau von Lärmschutzwänden sein oder ein Straßenbelag mit sogenanntem Flüsterasphalt. Der Ruf der Grünen nach einem pauschalen Tempolimit gleicht aus Sicht des SPD-Fraktionschefs einer „billigen Profilierungsinitiative“. Der Regierungspartner solle nicht in die Nervosität verfallen, wie sie sich bei der CDU zum Ende der großen Koalition eingestellt habe.

CDU-Fraktionsvize Heiko Strohmann betonte, mit der Initiative für die Bürgerschaft solle der rot-grüne Senat aufgefordert werden, „sich von einem Tempolimit zu distanzieren“. Zugleich solle er sich im Bund für die Entwicklung umweltschonender Antriebstechniken einsetzen. Außerdem müssten „Möglichkeiten eines besseren Lärmschutzes ausgelotet werden.“

Strohmann zu dem Beschluss der Grünen: „Es ist nicht das erste Mal, dass SPD und Grüne die Bevölkerung mit unausgegorenen Vorschlägen und einer parteipolitisch motivierten Debatte verunsichern.“ Niemand habe etwas gegen Lärmschutz – „die Gängelei von Fuhrunternehmen und Autofahrern ist jedoch der falsche Weg“. Der CDU-Fraktionsvize wirbt auch dafür, dass der „gezielte Einsatz von ‚Flüsterasphalt‘ geprüft“ werde. Außerdem, so Strohmann, solle der Senat mit dem Bund und der Bahn AG „über eine schnellere Umsetzung des Lärmschutzes an der Bahnstrecke zwischen Bremen und Bremerhaven verhandeln.“